



Idstein, den 02.10.2022

Stadtverwaltung Idstein
Herrn Stadtverordnetenvorsteher Zarda
Postfach
65510 Idstein

Antrag – Mehr Barrierefreiheit in Idstein

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat möchte, in Zusammenarbeit mit dem Beirat für Inklusion und Barrierefreiheit, ein Maßnahmenplan für die Jahre 2023ff für die Haushaltsberatungen 2023 erstellen.
Dabei sollen vorrangig folgende Punkte berücksichtigt werden:
 - a) Barrierefreier Zugang zum Bürgerbüro – Prüfung des Standortes Schiefes Haus
 - b) Behindertengerechte Toilette inklusive Wickeltisch – Prüfung des Standortes Schiefes Haus
 - c) Ausbau der Fahrspuren für Rollatoren, Rollstühle und Kinderwagen in der Idsteiner Altstadt von zumindest einem (1) Meter Breite
2. Zu Punkt 1) a) bis c) wird der Magistrat gebeten, unter Beteiligung des Beirats für Inklusion und Barrierefreiheit, eine Prioritätenliste inklusive einer Kostenaufstellung für die Haushaltsberatungen 2023 inklusive Folgejahre der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Dabei wird der Magistrat gebeten einen Vorschlag vorzustellen, wie viele € pro Jahr künftig regelmäßig für Maßnahmen zur Erreichung der Barrierefreiheit eingestellt werden (Barrierefreiheitsfond).
3. Der Magistrat wird um einen Vorschlag gebeten, welche Kostenbeteiligung für die Öffentlichkeitsarbeit (z. B. zur Erstellung einer Webseite und deren regelmäßige Unterhaltung, Banner und Flyer) in den Haushalt 2023 eingestellt werden können.
4. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Maßnahmen für einen barrierefreien Zugang des DGH in Oberauroff vorgeschlagen werden. Hierbei sind auch mögliche Varianten inklusive der jeweiligen Kosten aufzuführen.

5. Der Magistrat wird gebeten bei künftigen Planungen von Festen einen möglichst barrierefreien Zugang zu gewährleisten. Der Beirat für Inklusion und Barrierefreiheit sollte hierbei angehört werden.

Begründung:

Der Beirat für Inklusion und Barrierefreiheit leistet seit vielen Jahren eine engagierte Arbeit und bringt immer wieder Anregungen gegenüber der Verwaltung und Stadtpolitik vor. Leider war die entsprechende „Umsetzungsquote“ bisher nicht sehr hoch.

In einer der diesjährigen Sitzungen des Gremiums verdeutlichte der bisherige Vorsitzende, Herr Neid, sehr eindringlich, welche Maßnahmen dringend erforderlich sind. Hierzu hat die FWG einen entsprechenden Maßnahmenplan erstellt, der Zug um Zug umgesetzt werden sollte. Darüber hinaus sollte dem Beirat ein jährliches Budget für administrative Aufgaben und Außendarstellung (Webseite, Banner, Flyer etc.) zur Verfügung gestellt werden.

Für das DGH in Oberauhoff fordert der dortige OBR seit vielen Jahren einen entsprechenden Zugang. Hier sollten endlich entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Außerdem sollen bei künftigen Veranstaltungen und Festen auch die Belange von Menschen mit Einschränkungen mehr berücksichtigt werden. So ist das Weinfest in der Oberen Schloßgasse für Rollstuhlfahrer praktisch nicht zugänglich. Auch stellen die Kabelkanäle für die Stromkabel häufig eine unüberwindbare Barriere dar.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Ott

Fraktionsvorsitzender